



Mutausbruch zum Handeln – nicht defätistischer Realismus

Dr. Klaus Olshausen

Dezember 2025

Zusammenfassung

Seit dem Herbst 2023 hat sich die Lage für die Ukraine verschlechtert. Viele erwarten oder befürchten, dass es noch schlechter wird. Und so schließen sich viele der Waffenstillstandsforderung von Präsident Trump an, um den kinetischen Krieg zu beenden. Der Eindruck verstärkt sich, dass es für manche Regierungen v.a. darauf ankommt, in Gesprächen möglichst unangenehme Ziele Putins abzuwenden und von Trump geforderte Konzessionen der Ukraine einzugrenzen. Das ist weit entfernt vom ursprünglichen politischen Zweck, die völkerrechtlichen Gegebenheiten von 1991 wieder zu erreichen. Wer sich Realist nennt, weil er kein Zutrauen hat, ein Jalta 2.0 zu verhindern und Russland als Aggressor zurückzuweisen, entpuppt sich als Defätist, der ein freies Europa gefährdet. Wer klar dafür eintritt, das imperiale Russland in der Ukraine zurückzuweisen, hat erkannt, dass jedes Stoppen von Putins Russland westlich der Ukraine viel größere Zumutungen und Opfer fordern würde. Diese vorausblickende Beurteilung verlangt von allen EU-, NATO- und Partnerstaaten allerdings einen Mutausbruch, diese Herausforderung mit aller Kraft anzunehmen und den immensen Kraftaufwand mit der Ukraine zu schultern und damit eine ungünstigere Entwicklung rückwärts der Ukraine zu vermeiden.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Wie in den letzten Monaten zunehmend hat auch der Politikwissenschaftler Professor em. Dr. Christian Hacke im DLF zur Entwicklung im Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine festgestellt, dass deklaratorische Forderungen nach Einhaltung des Völkerrechts den Aggressor trotz der bisherigen Unterstützung der Ukraine nicht gestoppt, geschweige denn zurückgewiesen haben, und so die Lage der Ukraine – insbesondere seit Herbst 2023 – nicht verbessert, sondern verschlechtert wurde.

Sein Fazit ist klar: Damit es „nicht noch schlimmer“ wird, jetzt mit – bisher abgelehnten – Konzessionen der Ukraine an den Aggressor den kinetischen Krieg beenden. Dabei hält er zugleich alles, was in den russisch besetzten Gebieten geschieht, durchaus für „schlimm“, aber er hält diesen „Schrecken“ als hinnehmbar, da eine Fortsetzung des Krieges „Schlimmeres“ für die Ukraine durch Russland bedeuten würde.

Wer so argumentiert, hat sich weit von dem entfernt, was die westlichen Staaten und Partner mit der Ukraine als wichtigsten politischen Zweck bei Beginn der Invasion konstatiert hatten, dass Russland seine Truppen vollständig aus der unabhängigen, souveränen Ukraine zurückzieht.

Schon mit der Forderung von Präsident Trump an Präsident Selenskyj im Februar 2025, einem bedingungslosen Waffenstillstand zuzustimmen, war klar, dass für ihn territoriale Integrität, ja Souveränität, keine zwingenden politischen Orientierungspunkte seiner auf ein Ende des Krieges gerichteten Politik bilden.

Parallel dazu setzt Putin seinen umfänglichen Krieg an der Front und aus der Luft gegen das ganze Land fort und kann – so urteilt er – darauf rechnen, dass die Europäer ohne die USA letztlich alle seine Ziele – zunächst gegen die Ukraine – werden hinnehmen müssen – auch wegen ihrer Uneinigkeit, ihrem fehlenden Willen und Mut und daraus folgendem Mangel an Entschlossenheit.

Der EU-Gipfel am 18. Dezember bietet eine (letzte) Chance, dem Aggressor zu zeigen, dass man willens und fähig zum Widerstand ist. Das Einsetzen der eingefrorenen russischen Gelder – v.a. in Belgien – ist geboten. Das ermöglicht der Ukraine, ihren Abwehrkampf fortzusetzen und ihre staatlichen Funktionen aufrechtzuerhalten.

Auch wenn die westlichen Staaten und ihre Partner in den vergangenen zwei Jahren zu wenig geleistet haben, um Russland zu stoppen, bleibt die Zielorientierung notwendig, wenn das freie Europa erhalten, bzw. wiederhergestellt werden soll. Schon im Januar 2024 hatte ich deshalb gemahnt, *„statt sich defätistisch oder fatalistisch einen Abnutzungskrieg aufzwingen zu lassen, müssen NATO-, EU- und Partnerstaaten ihre Kapazitäten schnell vergrößern, neue Wege beschreiten und im (nächsten) Frühjahr alles einsetzen und nach vorne bringen, womit erreicht werden kann, Russland auf seine anerkannten Grenzen zurückzuwerfen und so seine imperiale Politik zu stoppen“*.

Beim NATO-Außenminister-Treffen am 3. Dezember war deutlich erkennbar, dass bei weitem nicht alle Mitgliedstaaten erkennen, dass es um das freie Europa und nicht (nur) um das zweitgrößte Land Europas geht, und deshalb keine oder sehr eingeschränkte Unterstützung gegen den Aggressor leisten. War bisher das Ziel, Russland durch eigenes Handeln die Unwahrscheinlichkeit seines Erfolges und den zu hohen Preis für seine geplante Unterjochung der Ukraine vor Augen zu führen, so muss man jetzt den Eindruck gewinnen, dass westliche Regierungen und „Experten“ ihre eigenen Fähigkeiten gegenüber dem Aggressor für zu begrenzt halten.

Das führt dann zu solch platten Sätzen, dass „man Russland nicht besiegen kann“. Man beurteilt dann den eigenen Erfolg als unwahrscheinlich und will dann auch keine weiteren Kosten, auch Zumutungen und Verzicht für die eigene Bevölkerung in Kauf nehmen. Und so schleicht sich ein, dass die ursprünglichen Absichten in den



Jahren – selbst dieses brutalen Angriffskrieges – wechseln, ja ganz andere werden, eben weil sie durch Erfolge oder Misserfolge und wahrscheinliche Ergebnisse mitbestimmt werden. Nun steht nicht mehr das Zurückweisen des Aggressors als politischer Zweck an erster Stelle, sondern ein bedingungsloser Waffenstillstand.

Und wenn Trump die Ukraine zur Annahme vieler Zugeständnisse, ja Verluste zwingt, weil er ein Ende des Krieges erreichen will, um mit Russland bilaterale Beziehungen, v.a. auf wirtschaftlichem Gebiet zu seinen Gunsten auszubauen, dann werden die europäischen Regierungen kaum geeint den Willen und überzeugende Kräfte aufbringen wollen – und können, um einem solchen JALTA 2.0 zwischen Washington und Moskau Paroli zu bieten und eine teilweise noch unbesetzte Ukraine für den Beitritt zur EU aufzurichten.

Putin kann trotz aller eigenen Verluste und Schwierigkeiten auf dem Gefechtsfeld und der negativen Entwicklungen in der eigenen Wirtschaft, selbst in der Kriegswirtschaft und schon vor dem Amtsantritt von Trump damit kalkulieren, dass es ihm gelingt, die Phalanx seiner politischen Gegner und militärischen Unterstützer der Ukraine zu erschüttern. Denn alle Staaten hatten schon vor dem Beginn von Putins Invasion der Ukraine ohne Wenn und Aber klargestellt, dass sie zur militärischen Verteidigung der Ukraine nicht zur Verfügung stehen.

Wer nur einen gemeinsamen Willen für das hat, was man nicht tut, würde – so Putin – gegenüber dem Aggressor nach Angriffsbeginn kaum eine durchschlagende gemeinsame politische und militärische Antwort beschließen, die Putin zur grundsätzlichen Kursänderung veranlassen, ja zwingen würde. Für ihn schien klar, dass – ganz im Sinne von Clausewitz – niemals ein Staat (oder mehrere), der in der Sache eines anderen (Ukraine) auftritt, diese so ernst nimmt wie seine (ihre) eigene.

Wer sich in der jetzigen Lage Realist nennt, weil er sich nicht zutraut, Russland zurückzuweisen, entpuppt sich als Defätist, der das freie Europa in Gefahr bringt. Wer dagegen klar dafür eintritt, das imperiale Russland in der Ukraine zurückzuweisen, hat erkannt, dass jedes spätere Zurückweisen Europa weit größere Zumutungen, ja Verzicht und Opfer abfordern wird. Diese realistische Beurteilung verlangt von EU- und NATO-Staaten in einem Mutausbruch besser jetzt die Herausforderung mit aller Kraft anzunehmen und den massiven Kraftaufwand zu schultern, als unter offensichtlich ungünstigeren Umständen, wenn die eine souveräne Ukraine nicht mehr zur Verfügung stehen wird.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Klaus Olshausen